

KARIKATUR DER WOCHE



Grenzen der Popularität

Warum Donald Trump die Wahl verlieren könnte

Gastkommentar
von STEPHAN BIERLING

Vor vier Jahren schien die Sache klar: Kaum ein Beobachter rechnete damit, dass Donald Trump die Nominierung der Republikanischen Partei gewinnt – und schon gar nicht die Wahl zum Präsidenten der USA. Heute ist das Gegenteil der Fall: Die Wiederwahl des Amtsinhabers am 3. November 2020 gilt vielen als ausgemacht. Und doch haben die Demokraten gute Chancen, das Weisse Haus zurückzuerobern.

Was spricht für Trump? Erstens stehen seine Wähler geschlossen hinter ihm. Mehr als 90 Prozent derer, die ihm 2016 ihre Stimme gaben, wollen dies erneut tun – ein historisch einmalig hoher Wert. Was auch immer dem Präsidenten vorgeworfen wurde, ob Kollaboration mit Russland, Schweigegeldzahlungen an einen Pornostar, pathologische Lügelei, die Erpressung der Ukraine, nichts vermochte die Loyalität seiner Anhänger zu erschüttern. Er kann auf die volle Unterstützung der Republikanischen Partei bauen, die sich ihm völlig unterworfen hat. Ihr Apparat und ihre Finanzmittel erlauben es Trump, diesmal einen professionelleren Wahlkampf zu führen als vor vier Jahren. Auch schwimmt er anders als 2016 in Geld: Seine Kriegskasse ist dank vielen Megaspenden mit mehr als 100 Millionen Dollar prall gefüllt.

Florierende Ökonomie

Zweitens geht es der Wirtschaft gut. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit fünfzig Jahren nicht mehr, die Aktienmärkte boomen, es gibt kaum Inflation, die Realeinkommen steigen, die Armutsrate sinkt, das Verbrauchervertrauen ist hoch. 62 Prozent der Amerikaner zeigten sich Anfang Januar 2020 mit der konjunkturellen Lage zufrieden. Kaum ein US-Präsident verfehlte bei florierender Ökonomie die Wiederwahl. Überhaupt, und das ist der dritte Grund, der für Trump spricht, scheitern Amtsinhaber selten: Seit 1900 verloren sie nur 5 von 19 Wahlen. Die beiden letzten, die dieses Schicksal erlitten, waren Jimmy Carter 1980 und George Bush senior 1992 – beide hatten mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.

Viertens bevorteilt das entscheidende Wahlmännerkolleg Trump, da seine Anhänger günstiger verteilt sind über die Gliedstaaten der USA als die der Demokraten. Nach dem «Winner takes all»-Prinzip gehen die gesamten Wahlmänner eines Gliedstaats an den Kandidaten mit den meisten Stimmen. 2016 gewann Hillary Clinton ihre 21 Gliedstaaten im Durchschnitt mit grösserem Abstand als Trump seine 30. Die Folge: Sie erzielte auf nationaler Ebene 3 Millionen mehr Wählerstimmen und lag damit 2,1 Prozentpunkte vor ihrem Rivalen, der jedoch die Mehrheit der Wahlmänner und

Der Präsident hat zwar fast alle seine Fans bei der Stange gehalten, aber keine neuen hinzugewonnen.

damit die Präsidentschaft errang. Dieser strukturelle Vorteil der Republikaner dürfte laut Prognosen 2020 noch stärker ausfallen.

Trotz all diesen Pluspunkten sind die Chancen der Demokraten intakt, Trump am 3. November zu besiegen. Denn der Präsident hat zwar fast alle seine Fans bei der Stange gehalten, aber keine neuen hinzugewonnen. In den vergangenen drei Jahren stimmten nie mehr als 45 Prozent der Wähler seiner Amtsführung zu. Ursache dafür ist die schärfste parteipolitische Polarisierung der amerikanischen Geschichte: Es gibt kaum mehr Wechselwähler, die man auf seine Seite ziehen kann. Selbst eine brumme Wirtschaft hilft dem Amtsinhaber nur marginal. Darum sticht auch ein weiterer traditioneller Trumpf eines Präsidenten bei Trump nicht, nämlich sich durch Zeremonien und internationale

Gipfeltreffen als überparteilicher Repräsentant der Nation inszenieren zu können. Im Gegenteil: Mit jedem öffentlichen Auftritt vertieft er die Spaltung zwischen den beiden politischen Lagern.

Die Demokraten haben beim Ringen um die Präsidentschaft zudem einen wichtigen Verbündeten: die Demografie. Die Trump-Wähler sind tendenziell weiss und männlich, zudem älter, religiöser und schlechter ausgebildet als der Durchschnittsbürger. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung geht Jahr für Jahr zurück, während die typischen Wählerklienteln der Demokraten wachsen: Minderheiten wie hispanische, asiatische und schwarze Amerikaner, Leute mit College-Abschluss, Kirchenferne, Atheisten. Dazu kommen die jungen Erstwähler, die wenig für die Republikaner übrig haben. Bei der Altersgruppe zwischen 18 und 24 erreichte Trump bei den letzten Präsidentschaftswahlen lediglich 34 Prozent. Alle vier Jahre verschiebt sich die Wählerschaft deshalb um einen Prozentpunkt zugunsten der Demokraten. Würden alle Bevölkerungsgruppen 2020 genauso abstimmen wie 2016, verlöre Trump sein Amt allein wegen des demografischen Wandels.

Hinzu kommt, dass die Demokraten diesmal stärker mobilisiert sind als vor vier Jahren. Damals hatten sie mit Barack Obama acht Jahre den Präsidenten gestellt und waren satt und lethargisch, die Wahl Clintons schien reine Formsache. Dagegen drängten die Republikaner, aufgepuscht durch die radikale Tea-Party-Bewegung, mit aller Energie zurück an die Schalthebel der Macht. Diesmal sind die Demokraten die «Out»-Partei und wollen ihre Nemesis Trump unbedingt aus dem Weissen Haus jagen.

Bloombergs Milliarden

Geldprobleme haben sie nicht. Zum einen pumpen Kleinspender und Grossmäzene bereits jetzt enorme Summen in den Wahlkampf ihrer Favoriten. Zum anderen ist mit dem ehemaligen Bürgermeister von New York Michael Bloomberg ein Mann ins Kandidatenrennen eingestiegen, der mit einem Vermögen von 60 Milliarden Dollar zwanzigmal reicher ist als Trump. Als offizieller Bewerber unterliegt er keinen Beschränkungen, sein Privatkapital für den Wahlkampf einzusetzen, und im Gegensatz zum knausrigen Präsidenten tut er dies auch. Bisher hat Bloomberg bereits 275 Millionen Dollar vor allem in Fernseh-, Radio- und Internetwerbung gesteckt und damit den finanziellen Vorsprung Trumps mehr als ausgeglichen. Für den Football-Super-Bowl am 2. Februar, mit 100 Millionen Zuschauern die alles überragende TV-Nacht des Jahres, kauften beide jeweils einen 60-Sekunden-Werbeblock für 11 Millionen Dollar. Bloomberg soll angekündigt haben, bis zu zwei Milliarden Dollar für den Kampf gegen Trump bereitzu-

stellen, selbst wenn er nicht Präsidentschaftskandidat der Demokraten wird.

Schliesslich haben die Demokraten aus den Fehlern Hillary Clintons gelernt und werden ihre traditionellen Unterstützterstaaten im Rostgürtel um die Grossen Seen diesmal nicht vernachlässigen. Denn Trump siegte 2016, weil er den Demokraten die seit 1992 von ihnen ohne Unterbruch gewonnenen Gliedstaaten Wisconsin, Michigan und Pennsylvania mit der hauchdünnen Mehrheit von zusammen 77 744 Stimmen entriss. In den entscheidenden hundert Tagen vor der Wahl besuchte er diese drei Gliedstaaten doppelt so häufig wie Clinton. Die Demokraten begreifen ihre Bedeutung inzwischen: Sie werden ihren nationalen Wahlparteitag im Juli 2020 in Milwaukee in Wisconsin abhalten, der grössten Stadt des Staats.

Nur keinen radikalen Kandidaten

Voraussetzung für einen Wahlsieg der Demokraten am 3. November allerdings ist, dass sie den richtigen Kandidaten aufstellen. Nur auf linkspopulistische Positionen zu setzen wie Bernie Sanders, um die eigene Basis zur Stimmabgabe zu motivieren, reicht nicht. Zwei Wahlforscher der Universität Stanford haben in einer Studie zu Repräsentantenhauswahlen zwischen 2006 und 2014 festgestellt, dass radikale Kandidaten die Wahlbeteiligung beim politischen Gegner stärker erhöhen als bei den eigenen Anhängern. 2016 gewann Trump nicht zuletzt deshalb, weil er die Wähler davon überzeugte, Clinton sei ideologisch viel extremer als er. Sanders könnte der skrupellose Präsident leicht als sozialistischen Revolutionär brandmarken.

Da die Bürger in den wohl wahlentscheidenden «Swing States» Wisconsin, Michigan und Pennsylvania mehrheitlich weiss und überdies älter und weniger gebildet sind als im Durchschnitt Amerikas, wären die Demokraten gut beraten, mit einem Kandidaten oder einer Kandidatin der politischen Mitte anzutreten. Ihn oder sie als linksradikal oder unamerikanisch zu dämonisieren, wird Trump schwererfallen als die seinerzeit auf solche Attacken nicht vorbereitete Clinton. Joe Biden, Bloomberg, Pete Buttigieg und Amy Klobuchar erfüllen dieses Kriterium. Die ersten zwei fürchtet Trump am meisten. Nicht umsonst versuchte er, Biden mit seiner Ukraine-Schmierenkampagne politisch zu beschädigen. Und wenn der Präsident eines respektiert auf dieser Welt, dann sind es Männer, die noch mehr Geld haben als er – wie Bloomberg. Mit einem gemässigten Herausforderer können die Demokraten am 3. November durchaus gewinnen.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg. Im August erscheint sein neues Buch «America first. Donald Trump im Weissen Haus. Eine Bilanz» im Verlag C. H. Beck.